

Julia Hofmann*

Kontrapunkt

Vermögen, Steuern und Demokratie: Warum vermögensbezogene Steuern sozial gerecht und genau jetzt wichtig wären

* julia.hofmann@akwien.at, Arbeiterkammer Wien

Österreich hat eine der höchsten Vermögensungleichheiten Europas, doch vermögensbezogene Steuern tragen nur 1,4 % zum Steueraufkommen bei. Dieser Kontrapunkt argumentiert, dass angesichts steigender Erbvolumina, wachsender Ungleichheit und sinkendem Demokratievertrauen Vermögens- und Erbschaftssteuern nicht nur sozial gerecht, sondern auch ökonomisch dringend nötig sind. Gängige Gegenargumente – etwa Kapitalflucht oder Bürokratieaufwand – halten empirisch nicht stand: Es fehlt nicht am Argument, sondern am politischen Willen.

Keywords: Vermögensungleichheit, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Umverteilung, Demokratie

Wealth, Taxation, and Democracy: Why Wealth Taxes Are Socially Just — and Why their Time Is Now

Austria has one of the highest levels of wealth inequality in Europe, yet wealth-related taxes account for only 1.4 % of total tax revenue. This commentary argues that, given rising inheritance volumes, growing inequality, and declining trust in democracy, wealth and inheritance taxes are not only socially just but also economically urgent. Common objections – such as capital flight or administrative burdens – fail to hold up empirically: what's missing is not the argument, but the political will.

Keywords: wealth inequality, wealth tax, inheritance tax, redistribution, democracy

1 Einleitung

Die Debatte um die (Wieder-)Einführung vermögensbezogener Steuern ist in Österreich seit Jahren festgefahren. Es mangelt weder an empirischen Befunden (vgl. z.B. Europäische Kommission 2026; OECD 2021) noch – wie die jüngsten Debatten rund um die Budgetkonsolidierung zeigen – an politischem Druck: So haben unter anderem *die Grünen* im Vorfeld der diesjährigen Verhandlungen zum Doppelbudget 2027/28 mit einer Petition für eine faire Besteuerung von Superreichen¹ lobbyiert. Auch die *Allianz für einen fairen Beitrag der Reichsten*², ein Zusammenschluss aus zahlreichen NGOs und Interessenvertretungen, forderte die dringende Wiedereinführung von Erbschafts- und Schenkungssteuern.

Der amtierende SPÖ-Finanzminister Markus Marterbauer hat sich in dieser Debatte ebenso klar positioniert. Auch für ihn sind vermögensbezogene Steuern ökonomisch geboten. Erbschaftssteuern seien die „liberalste Idee, die man sich vorstellen kann“ (DerStandard 2026). Angesichts der fehlenden Ko-

alitionsmehrheit, um sie umzusetzen, werden diese seiner Ansicht nach in der derzeitigen Legislaturperiode allerdings nicht kommen, „sondern erst in der nächsten, dann dafür sicher“ (DerStandard 2026). Gerade mit Blick auf eine möglichst wachstumsschonende und verteilungsgerechte Form der Budgetkonsolidierung wären vermögensbezogene Steuern (insb. Erbschaftssteuern) aber eine ideale Einnahmequelle, wie auch unlängst eine neue Studie im Auftrag der Europäischen Kommission (2026) gezeigt hat.

Dieser Kontrapunkt argumentiert daher, dass vermögensbezogene Steuern nicht nur sozial gerecht, sondern genau jetzt – in einer Phase angespannter öffentlicher Haushalte, steigender sozialer Ungleichheit und wachsender demokratiepolitischer Risiken – besonders notwendig wären. Dafür lohnt es sich, einen Schritt zurückzutreten und die Grundlagen der österreichischen Vermögensverteilung genauer in den Blick zu nehmen.

2 Ungleiche Vermögensverteilung

Österreich gilt international betrachtet als eines der wohlhabendsten Länder der Welt. Das mittlere Net-

¹ <https://gruene.at/superreichebesteuern/> (24.06.2026)

² <https://www.beitrag-der-reichsten.at/> (24.06.2026)

toeinkommen liegt im europäischen Vergleich im oberen Drittel, die Kollektivvertragsabdeckung beträgt nahezu 98 %, was das Land zum europäischen Spitzenreiter macht, und ein weiterhin gut ausgebauter Sozialstaat federt viele Lebensrisiken ab (vgl. Rocha-Akis et al. 2023).

Wer die Einkommensstatistiken betrachtet, sieht ein Land mit einer nach wie vor beachtlichen Mittelschicht: Rund 60 % der Bevölkerung gelten als Teil der Einkommensmittelschicht (vgl. Eurostat 2026), dieser Anteil bleibt auch über die Jahre relativ stabil. Gleichzeitig gibt es innerhalb der Einkommen eine große Streuung und diese nimmt in den letzten Jahren insbesondere am oberen Rand zu: So verdiente ein*e ATX-Manager*in 2024 das 66-fache des Medianeinkommens der unselbständig Beschäftigten, während es 2005 ‚nur‘ das 35-fache war (vgl. Arbeiterkammer Wien 2025). Und doch: Die große Spreizung zeigt sich primär nicht in der ‚Einkommens-‘, sondern in der ‚Vermögenswelt‘. Hier wird eine Schieflage sichtbar, die in der öffentlichen Debatte lange unterschätzt wurde und mit den herkömmlichen Instrumenten des Sozialstaates kaum adressiert wird.

In allen europäischen Ländern zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen der Einkommens- und der Vermögensungleichheit. In Österreich verändert sich die statistische Einordnung allerdings deutlich: Während die Einkommensungleichheit – gemessen am Gini-Index – mit rund 0,28 hierzulande im europäischen Mittelfeld liegt und sich seit Jahren relativ stabil gehalten hat, ist die Vermögensungleichheit in Österreich mit einem Gini-Index von rund 0,76 eine der höchsten im europäischen Vergleich. Damit ist Vermögen in Österreich ungleicher verteilt als in fast allen anderen europäischen Ländern. Das reichste 1 % besitzt Hochrechnungen zufolge rund 37 % des Gesamtvermögens, in Deutschland sind es 32 % und in Frankreich nur 18 %. Die untere Hälfte verfügt hierzulande über verschwindend geringe 2,8 % des Gesamtvermögens (vgl. Hofmann et al. 2025).

Diese ausgeprägte Diskrepanz zwischen Einkommens- und Vermögensverteilung hat sowohl individuelle als auch gesellschaftliche Ursachen. Auf individueller Ebene steigt die Sparquote mit dem Einkommen, sodass Haushalte am oberen Rand der Verteilung Vermögen leichter akkumulieren können, während Haushalte am unteren Rand nahezu ihr gesamtes Einkommen verkonsumieren (müssen) (vgl. Jappelli & Pistaferri 2014). Hinzu kommt, dass die Rendite auf Vermögen positiv mit dessen Höhe korreliert und Ungleichheiten damit weiter verstärkt werden (vgl. Fagereng et al. 2020). Eine weitere zentrale Vermögensquelle sind ungleich verteilte, intergenerationelle Übertragungen, also Erbschaften und Schenkungen. Diese machen in Europa schätzungsweise 50 bis 60 % des ag-

gregierten Vermögens aus (vgl. Alvaredo et al. 2017). 84 % der derzeitigen österreichischen Milliardär*innen haben ihr Vermögen bspw. nicht selbst erwirtschaftet, sondern geerbt (vgl. Schuster 2025).

Auf gesellschaftlicher Ebene prägen institutionelle Rahmenbedingungen – wie Steuersysteme, Transferleistungen, Kollektivvertragsregime – das Ausmaß von Ungleichheiten entscheidend. Die österreichische Verteilungs- und Umverteilungspolitik ist dabei traditionell auf die ‚Welt des Einkommens‘ ausgerichtet: Kollektivverhandlungen und aktive Arbeitsmarktpolitik sollen die Bruttoeinkommensverteilung ausgleichen, Steuern und Sozialleistungen Einkommensungleichheiten abfedern. Die ‚Vermögenswelt‘ hingegen bleibt weitgehend unangetastet. Zugleich verringern gut ausgebaute Wohlfahrtsstaaten, wie der österreichische, auch den Anreiz zur privaten Vermögensbildung: Öffentliche Pensionssysteme nehmen den Druck zur privaten Altersvorsorge. Auch Sozialwohnungen für untere und mittlere Einkommensschichten reduzieren den Druck, in Eigenheime zu investieren (vgl. Fessler & Schürz 2023) – ein Effekt, der allerdings vor allem untere und mittlere Einkommensschichten betrifft und nichts an der Konzentration am oberen Ende ändert, die anderen Dynamiken (Kapitalerträge, Erbschaften) folgt.

Der Sozialstaat kümmert sich damit vor allem um die Umverteilung von Einkommen – die Verteilung von Vermögen bleibt strukturell unteradressiert. Dies kann in Phasen, in denen privates Vermögen eine geringe Rolle spielt (etwa, weil es kaum privates Vermögen gibt, wie in der Nachkriegszeit), durchaus Sinn gemacht haben. In Phasen einer hohen privaten Vermögenskonzentration müssen diese ungleichen Strukturen korrigiert werden. Hochrechnungen zufolge besitzen die reichsten 5 % der Haushalte hierzulande rund 63 % des gesamten Nettovermögens, während die untere Hälfte der Bevölkerung praktisch vermögenslos ist und kaum finanzielle Reserven für Krisenzeiten hat (vgl. Heck et al. 2024). Diese extreme Konzentration ist eben nicht zufällig, sondern wird durch ein Steuersystem unterstützt, das systematisch stärker auf Steuern auf Arbeit und Konsum setzt als auf Steuern auf Kapital und Erbschaften.

Erbvolumen steigt stark an

Ein besonders wichtiges Argument für die politische Dringlichkeit vermögensbezogener Steuern liegt in einem Trend, der sich in den kommenden Jahren massiv verstärken wird: dem Erbschaftsvolumen. Die Erbschaften in Österreich steigen demographisch bedingt durch den Generationenwechsel stark an. Jene, die in der Nachkriegsphase Vermögen aufbauen konnten, gehen in Pension und werden in den nächsten

Jahrzehnten versterben. Insbesondere bei den Immobilien verstärkt der Faktor Zeit die Höhe der weitergebaren Vermögen: Wer heute in Wien oder anderen Ballungsräumen eine Immobilie besitzt, die in den 1970er Jahren angeschafft wurde, besitzt ein Vermögen, das ohne eigene Leistung um ein Vielfaches gewachsen ist. Das Vermögen der Nachkriegsgeneration wird in den nächsten Jahrzehnten in einem Umfang vererbt werden, der die bestehende Ungleichheit nicht nur perpetuiert, sondern verschärft. Aktuelle Modellschätzungen auf Basis des Mikrosimulationsmodells INTAXMOD gehen davon aus, dass sich das jährliche Erbschaftsvolumen in Österreich von rund 21,5 Milliarden Euro im Jahr 2025 auf etwa 40,8 Milliarden Euro im Jahr 2050 nahezu verdoppeln wird (vgl. Grünberger et al. 2024).

Der ‚Vermögensriss‘, der sich bereits heute durch die Mitte der Gesellschaft zieht – also der ‚Riss‘ zwischen jenen mit Immobilieneigentum (oft finanziert oder erhalten durch eine Erbschaft) und jenen ohne Immobilieneigentum –, wird sich dabei weiter vertiefen (vgl. Fessler & Schürz 2023). Gerade in Zeiten, in denen der Berufseinstieg für junge Menschen schwieriger und Wohnen teurer wird, werden diese unterschiedlichen Startvoraussetzungen bedeutsamer. Und dabei ist Österreich bereits heute ein Land mit einer eher gering ausgeprägten sozialen Mobilität: Einer Studie zufolge dauert es heute bereits fünf Generationen, bis Kinder aus dem ärmsten Dezil das Durchschnittseinkommen erreichen (vgl. Förster & Königs 2019). Empirische Befunde unterstreichen weiters, wie stark das Erben gegenüber anderen Faktoren hierzulande ins Gewicht fällt: Bereits der Erhalt einer Erbschaft ab 5 000 Euro hat in Österreich einen stärkeren Einfluss auf den durchschnittlichen Nettovermögenszuwachs als ein Universitätsabschluss (vgl. Eurofound 2021).

Wer erbt, hat also ein finanzielles Polster; wer nicht erbt, hat ihn eben nicht. Eine Gesellschaft, die sich dem Leistungsprinzip verpflichtet fühlt, müsste diesen Befund eigentlich als Herausforderung begreifen und politisch darauf reagieren. Doch wie ist es um die Wahrnehmung von sozialer Ungleichheit in Österreich eigentlich bestellt?

3 Wie viel soziale Ungleichheit ist gerecht?

Das Ausmaß der ‚Beunruhigung‘ in Bezug auf soziale Ungleichheiten ist hierzulande kontinuierlich hoch. In regelmäßig stattfindenden internationalen Umfrageprogrammen, wie dem International Social Survey Programme (ISSP) oder dem European Social Survey (ESS), ist die überwiegende Mehrheit der Befragten (über 80 %) der Ansicht, dass die Einkommensunterschiede in Österreich zu groß sind und der Staat diese

reduzieren solle (vgl. Baumgarten & Hofmann 2023). Empirische Befunde zeigen zudem, dass Vermögensungleichheiten von der Bevölkerung konsistent als ungerechter bewertet werden als Einkommensungleichheiten – in nahezu allen europäischen Ländern ist der Anteil jener, die Vermögensunterschiede als ‚zu groß und unfair‘ empfinden, höher als der Anteil jener, die hohe Einkommen als unfair beurteilen (vgl. Hofmann et al. 2025). Dieser Befund ist auch deshalb bedeutsam, weil er zeigt, dass die Bevölkerung zumindest intuitiv zwischen diesen beiden Verteilungsdimensionen unterscheiden kann.

Vermögensungleichheit wird insbesondere deshalb noch stärker kritisiert als Einkommensungleichheit, weil Vermögen vielfach nicht als ‚hart erarbeitet‘ gilt (vgl. Melchior & Schürz 2015). Die Debatte rund um das ‚faire Ausmaß‘ sozialer Ungleichheit wird nämlich stark von dominanten Gerechtigkeitsprinzipien geprägt. In Europa dominiert das Leistungsprinzip: Wer hart arbeitet, soll auch mehr haben – das ist die normative Grundlage, auf der breite gesellschaftliche Mehrheiten aufgebaut werden können. Neben dem Leistungsprinzip wird auch das Bedarfsprinzip breit unterstützt: Gesellschaften werden also als gerecht wahrgenommen, wenn sie hart arbeitende Menschen belohnen und gleichzeitig jene unterstützen, die auf Hilfe angewiesen sind. In Österreich spricht sich die überwiegende Mehrheit (rund 90 %) für das Leistungsprinzip und zu 81 % für das Bedarfsprinzip aus (vgl. Hofmann et al. 2020).

Ein Problem liegt darin, dass das Leistungsprinzip in der Vermögenswelt allerdings systematisch untergraben wird. Eine Mehrheit der in Österreich lebenden Menschen ist der Ansicht, dass man in Österreich reich wird, indem man erbt – und nicht so sehr, indem man arbeitet (vgl. Melchior & Schürz 2015; Hofmann & Weiss 2019). Diese Wahrnehmung ist empirisch auch richtig. Wie u. a. Leitner (2018) zeigt, lässt sich der Gini-Koeffizient der Bruttovermögen zu einem großen Teil auf Erbschaften und intergenerationale Übertragungen zurückführen. Vermögen vererbt sich – und zwar in einem Ausmaß, das durch ‚harte Arbeit‘ nur schwer ausgeglichen werden kann.

4 Zu viel Ungleichheit gefährdet die Demokratie

Die Forschung ist sich einig: Soziale Ungleichheit ist nicht nur eine Frage der materiellen Verteilung. Sie hat auch weitreichende Folgen für die politische Beteiligung, das Vertrauen in demokratische Institutionen und die Empfänglichkeit für rechtspopulistische Mobilisierung. Der Demokratiemonitor 2024 zeigt etwa für Österreich eindrucksvoll: Rund 40 %

der Menschen im unteren Einkommensdrittel haben bei der letzten Nationalratswahl nicht gewählt, verglichen mit nur 12 % im oberen Einkommensdrittel. Während fast 56 % der Menschen im oberen Einkommensdrittel angeben, sich gut im Parlament vertreten zu fühlen, sagen das nur 19 % im unteren Drittel (vgl. Zandonella 2025). Politische Teilhabe ist also abhängig vom sozialen Status, und diese Abhängigkeit verstärkt sich in dem Maß, in dem Reichtum politische Einflussmöglichkeiten mit sich bringt, die über das bloße Wahlrecht hinausgehen: also etwa durch Lobbying, die Finanzierung von Medien oder durch informelle Netzwerke in Wirtschaft und Politik.

Die Ökonomin Julia Cagé (2020) hat gezeigt, dass es sich hierbei nicht um ein Randphänomen handelt, sondern um eine systematische Verzerrung demokratischer Entscheidungsprozesse zugunsten von Vermögenden. Dies zeigt sich nicht nur in den USA, wo es gerade am Beispiel des amtierenden US-Präsidenten besonders sichtbar wird. Eine jüngst veröffentlichte Studie zu Österreichs Superreichen zeigt, dass diese auch hierzulande ihre ökonomische Macht über verschiedene Kanäle für politischen und gesellschaftlichen Einfluss nutzen – über Medien, Think-Tanks, Lobbyorganisationen oder direkte personelle Verbindungen in die Politik. Besonders aufschlussreich ist dabei die Rolle wirtschaftspolitischer Think-Tanks: Fast die Hälfte der Fördergeber der Agenda Austria stammt etwa aus dem Superreichen-Netzwerk (vgl. Griesebner & Pühringer 2026). Hinzu kommt, dass alle großen Medien in Österreich eine Verbindung in das Netzwerk rund um die reichsten Haushalte aufweisen – was die mediale Rahmung von Verteilungsfragen strukturell beeinflusst (vgl. Theine et al. 2023).

Dieses Ungleichgewicht lässt das Gefühl politischer Machtlosigkeit und fehlender Repräsentation und Politikverdrossenheit entstehen, die die Empfänglichkeit für rechtspopulistische Angebote erhöhen. Wer sich von demokratischen Institutionen nicht vertreten fühlt, wendet sich von ihnen ab oder jenen Kräften zu, die versprechen, die ‚da oben‘ in die Schranken zu weisen – ohne dass dies zu strukturellen Reformen führen würde. Eine hohe Vermögensungleichheit ist damit nicht nur ein wirtschafts-, sondern ein demokratiepolitisches Problem.

5 Wie sollen vermögensbezogene Steuern genau ausgestaltet sein?

Der konkreteste und unmittelbarste Schritt zur Verringerung der Vermögensungleichheit wären vermögensbezogene Steuern wie Vermögens- bzw. Erbschafts- und Schenkungssteuern. Österreich ist bei vermögensbezogenen Steuern derzeit europäisches Schlusslicht: Während in den 1960er-Jahren noch rund 4 % des

Steueraufkommens aus vermögensbezogenen Steuern stammten, sind es heute nur noch 1,4 %.

Je nach Ausgestaltung könnte eine Vermögenssteuer fünf bis sieben Milliarden Euro pro Jahr einbringen – selbst dann noch, wenn man starke Ausweicheffekte berücksichtigt. Ein gängiges Modell sieht dabei einen Freibetrag von einer Million Euro vor, womit nur die reichsten 3–4 % der Haushalte überhaupt betroffen wären (vgl. Bernhofer et al. 2022). Ähnlich sieht es bei Erbschafts- bzw. Schenkungssteuern aus. Auch ihr Potenzial ist beträchtlich: Selbst bei moderaten Ausgestaltungen ließen sich Einnahmen von 1 Mrd. bis 2 Mrd. Euro erzielen. Bei einem Freibetrag von 1 Mio. Euro würden auch nur 0,2 % aller Erb*innen Erbschaftssteuer zahlen (vgl. Bernhofer et al. 2024). Beide Steuern wären also keine zusätzliche Belastung der Mitte, sondern eine überfällige Beteiligung jener, die am meisten davon profitieren, dass Vermögen in Österreich steuerfrei vererbt werden darf (vgl. Premrov & Derndorfer 2026).

Die Einnahmen aus vermögensbezogenen Steuern könnten gezielt dort eingesetzt werden, wo die Vermögensungleichheit ihre sozialen Folgekosten hinterlässt: in der Pflege, in der Bildung, in der Armutsbekämpfung – also im Sozialstaat als gemeinsamem Vermögen der Vielen. Dass das politisch machbar ist, belegen auch historische Beispiele: In der Nachkriegszeit wandten ausgerechnet wirtschaftsliberale Länder, wie die USA und Großbritannien, hohe Steuern auf Erbschaften und Spitzeneinkommen an.

Allerdings wären vermögensbezogene Steuern allein noch keine strukturelle Lösung zur Reduktion der Vermögensungleichheit. Der berühmte Ungleichheitsforscher Thomas Piketty (2014) und andere Ökonom*innen haben gezeigt, dass die Rendite auf Kapital langfristig schneller wächst als das Wirtschaftswachstum insgesamt – das heißt, Vermögen konzentriert sich ohne aktives Gegensteuern immer weiter. Pikettys (2020) Vorschlag eines progressiven Steuersystems, das vom minimalen Satz für kleine Vermögen bis zu sehr hohen Sätzen auf extreme Konzentration reicht, zielt daher nicht nur auf Umverteilung ab, sondern auf eine grundlegende Veränderung der Vermögensdynamik. Vermögensbezogene Steuern mit einem hohen Freibetrag sind in dieser Hinsicht bescheidener, aber dennoch ein fairer, überfälliger Schritt in die richtige Richtung.

Argumente gegen vermögensbezogene Steuern halten nicht stand

Die Gegenargumente gegen vermögensbezogene Steuern sind bekannt und werden in jeder einschlägigen Debatte vorgebracht: Es geht um Kapitalflucht, Bewertungsprobleme, Formen der Doppelbesteuerung oder die Belastung „mittelständischer“ Betriebe.

Es lohnt sich dennoch, diese Argumente ernst zu nehmen – und gleichzeitig zu prüfen, ob sie einer empirischen Überprüfung standhalten.

Zunächst zum Argument, dass reiche Haushalte ohnehin schon viel mehr Steuern zahlen als andere: Hier lässt sich entgegenhalten, dass selbst die OECD (2024) bemängelt, dass das österreichische Steuersystem den Faktor Arbeit strukturell zu stark und den Faktor Kapital zu wenig stark belastet: Mehr als 80 % der Steuereinnahmen kommen aus Arbeit und Konsum, während vermögensbezogene Steuern lediglich 1,4 % des Aufkommens ausmachen.

Auch das Kapitalflucht-Argument hat empirisch wenig Halt, insbesondere wenn man die Erbschaftsteuer etwa an die Staatsbürger*innenschaft koppelt und sie unabhängig vom rechtlichen Sitz des Vermögens erhoben wird. Bei der Vermögensteuer ist zudem zu beachten, dass ein beträchtlicher Teil des österreichischen Privatvermögens aus Immobilien besteht, die sich einer Besteuerung gar nicht entziehen können (vgl. Bernhofer et al. 2022, 2024).

Das Bürokratie- und Bewertungsproblem ist real, aber lösbar. Das Argument kommt vor allem vom alten österreichischen Erbschaftssteuermodell vor 2008, dessen Aufkommen gering und dessen Erhebungsaufwand vergleichsweise hoch war – was jedoch an der damaligen Ausgestaltung lag, nicht an der Steuer als solcher. Die größten Vermögenswerte sind in öffentlichen Registern erfasst. Auch die technischen Möglichkeiten zur Erfassung von Vermögenswerten haben sich in den letzten Jahrzehnten erheblich verbessert (vgl. Bernhofer et al. 2022, 2024). Dass eine Erbschaftsteuer praktisch administrierbar ist, beweisen aktuell auch 24 von 36 OECD-Staaten.

6 Und nun?

Gerechtigkeitstheoretisch ist der Befund eindeutig: Wenn man die in Bevölkerungsumfragen breit geteilten Normen – also das Leistungs- und Bedarfsprinzip – ernst nimmt und an der sozialen Wirklichkeit misst, dann sind vermögensbezogene Steuern nicht nur akzeptabel, sondern dringend geboten. Insbesondere Vermögenssteuern weisen auch breite Mehrheiten in der Bevölkerung auf und selbst Erbschaftssteuern werden bei einem Freibetrag über 1 Mio. € mehrheitlich befürwortet (vgl. Fasching & Kittel 2026). Erbvermögen ist per definitionem nicht leistungs basiert; seine Steuerfreiheit steht damit in Widerspruch zur dominanten Gerechtigkeitsnorm der Bevölkerung. Zugleich würde das Aufkommen aus Vermögens- und Erbschaftssteuern öffentliche Güter finanzieren können, die dem Bedarfsprinzip entsprechen, also Bildung, Gesundheit, Sozialleistungen, Klimainvestitionen.

Die Frage bleibt, warum vermögensbezogene Steuern dennoch politisch so schwer durchsetzbar sind. Die Antwort hierauf ist vielfältig und hat u. a. mit der medialen Überpräsenz der Perspektiven von Superreichen und ihrem Lobbyismus zu tun. Hinzu kommt das sogenannte ‚Rosanvallon-Paradox‘: Das diffuse Gefühl, dass Ungleichheiten größer werden, geht hiernach oft einher mit einer unausgesprochenen Akzeptanz sowie einem Widerstand, etwas gegen sie unternehmen zu wollen (vgl. Rosanvallon 2013).

Dabei wäre die politische Ausgangslage eigentlich gerade günstig: Eine breite gesellschaftliche Mehrheit befürwortet vermögensbezogene Steuern, internationale Organisationen wie die OECD und die EU-Kommission empfehlen sie seit Jahren, und selbst der amtierende Finanzminister hält sie für ökonomisch und sozial geboten. Was fehlt, ist nicht das Argument, sondern der politische Wille. Solange dieser ausbleibt, bleibt die Verteilung von Vermögen ein blinder Fleck unseres Sozialstaates, der sich dem Leistungs- und Bedarfsprinzip verschrieben hat. Diesen Deutungsrahmen zu verschieben ist daher auch eine politisch-pädagogische Aufgabe – für Interessenvertretungen wie die Arbeiterkammer, für NGOs und politische Parteien, aber auch für die schulische und außerschulische politische Bildung.

Literatur

- Alvaredo, F., B. Garbinti & T. Piketty (2017): On the Share of Inheritance in Aggregate Wealth: Europe and the USA, 1900–2010. In: *Economica* 84(334). S. 239–260. DOI: <https://doi.org/10.1111/ecca.12233>
- Arbeiterkammer Wien (2025): Vorstandsvergütungen in den ATX-Unternehmen 2024. Gehälter-Ranking, Vergütungspolitik und Vergütungsberichte. https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/verteilungsgerechtigkeit/ATX_Verguetungsstudie_2025.pdf (01.07.2026)
- Baumgarten, F. & J. Hofmann (2023): Diffuse Gefühle: Wie Einkommensunterschiede in Österreich bewertet werden. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 49(1). S. 61–90. DOI: <https://doi.org/10.59288/wug491.172>
- Bernhofer, D., M. Ertl, K. Bohnenberger, F. Disslbacher, J. Hofmann, P. Innreiter, M. Marterbauer, P. Mokre & M. Schnetzer (2022): Tax me if you can. Potenziale moderner Vermögensbesteuerung in Österreich. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 48(2). S. 207–230. DOI: <https://doi.org/10.59288/wug482.131>
- Bernhofer, D., M. Ertl, P. Innreiter, P. Schraml, E. Six & M. Wehsely (2024): Ausgestaltung und Herausforderungen einer modernen Erbschafts- und Schenkungssteuer in Österreich. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 50(1). S. 43–81. DOI: <https://doi.org/10.59288/wug501.231>
- Cagé, J. (2020): *The Price of Democracy. How Money Shapes Politics and What to Do about it*. Harvard University Press, Cambridge.
- DerStandard (2026): „Liberalste Idee, die man sich vorstellen kann“: Marterbauer plädiert erneut für Erbschaftssteuern.

- er. <https://www.derstandard.at/story/3000000313706/liberalste-idee-die-man-sich-vorstellen-kann-marterbauer-plaedierte-erneut-fuer-erbschaftssteuer> (24.06.2026)
- Eurofound (2021): Wealth distribution and social mobility. Publications Office of the European Union, Luxembourg. DOI: <https://doi.org/10.2806/129514>
- Europäische Kommission (2026): Wealth Taxation, Including Net Wealth, Capital and Exit Taxes- Final Report – Volume 1. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Brüssel. <https://data.europa.eu/doi/10.2778/0817231> (24.06.2026)
- Eurostat (2026): Distribution of population by income groups. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_di31/default/table?lang=en&category=livcon.ilc.ilc_ip.ilc_di (24.06.2026)
- Fagereng, A., L. Guiso, D. Malacrino & L. Pistaferri (2020): Heterogeneity and Persistence in Returns to Wealth. In: *Econometrica* 88(1). S. 155–170. DOI: <https://doi.org/10.3982/ECTA14835>
- Fasching, A. & B. Kittel (2026): Eine fair gestaltete Erbschaftssteuer hätte eine Mehrheit in Österreich. A&W-Blog. <https://www.awblog.at/Wirtschaft/Mehrheit-fuer-fair-gestaltete-Erbschaftssteuer> (01.07.2026)
- Fessler, P. & M. Schürz (2023): Home Ownership: The Key to Inequality? In: Schifferes, S. & S. Knowles (Eds.): *Media and Inequality*. Routledge, London. S.68–82.
- Förster, M. F. & S. Königs (2019): Förderung der sozialen Mobilität in Österreich. Sozialpolitische Studienreihe Band 26. Sozialministerium, Wien. https://broschuerenservice-q.sozialministerium.gv.at/Home/Download?publicationId=585&attachmentName=Sozialpolitische-Studienreihe_Band_26_F%C3%B6rderung_der_sozialen_Mobilit%C3%A4t_in_%C3%96sterreich_2019.pdf (01.07.2026)
- Griesebner, T. & S. Pühringer (2026): Superreiche und ihre politischen Einflusskanäle in Österreich. Materialien aus *Wirtschaft und Gesellschaft* 271. AK Wien, Wien. <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC17786801> (01.07.2026)
- Grünberger, K., J. Derndorfer & M. Schnetzer (2024): Erbschaften in Österreich: eine Modell schätzung intergenerationeller Vermögenstransfers bis 2050. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 50(1). S. 21–41. DOI: <https://doi.org/10.59288/wug501.230>
- Heck, I., A. Hornykewycz, J. Kapeller & R. Wildauer (2024): Vermögensverteilung in Österreich: eine Analyse auf Basis des HFCS 2021/22. Materialien aus *Wirtschaft und Gesellschaft* 255. AK Wien, Wien. <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC17296950/> (01.07.2026)
- Hofmann, J. & H. Weiss (2019): Wie stabil sind die Klassen- und Vermögensverhältnisse? Empirische Analysen der ersten und zweiten Welle des Household Finance and Consumption Survey für Österreich. In: *SWS-Rundschau* 59(1). S. 24–45.
- Hofmann, J., M. Marterbauer & M. Schnetzer (2020): Gerechtigkeitscheck: Wie fair findet Österreich die Verteilung von Einkommen und Vermögen? Neue Erkenntnisse aus dem European Social Survey (ESS). Materialien aus *Wirtschaft und Gesellschaft* 201. AK Wien, Wien. <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/fulltext/AC16066053/3> (24.06.2026)
- Hofmann, J., M. Marterbauer & M. Schnetzer (2025): Fairness Perceptions of Wealth Inequality in Europe. In: *Review of Income and Wealth* 71(3). e70026. DOI: <https://doi.org/10.1111/roiw.70026>
- Jappelli, T. & L. Pistaferri (2014): Fiscal Policy and MPC Heterogeneity. In: *American Economic Journal: Macroeconomics* 6(4). S. 107–136. <https://pubs.aeaweb.org/doi/pdfplus/10.1257/mac.6.4.107> (24.06.2026)
- Leitner, S. (2018): Factors Driving Wealth Inequality in European Countries. Wiiw Working Paper 155. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/204020/1/wiiw-wp-155.pdf> (24.06.2026)
- Melchior, J. & M. Schürz (2015): Gerechtigkeitsurteile und Vermögensverteilung in Österreich – Wahrnehmung der Realität und Realität der Wahrnehmung von Ungleichheit. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 41(2). S. 199–234.
- OECD (2021): Inheritance Taxation in OECD Countries. OECD Tax Policy Studies 28. OECD Publishing, Paris. DOI: <https://doi.org/10.1787/e2879a7d-en>
- OECD (2024): OECD Economic Surveys: Austria 2024. OECD Publishing, Paris. https://www.oecd.org/en/publications/oecd-economic-surveys-austria-2024_60ea1561-en.html (24.06.2026)
- Piketty, T. (2014): *Capital in the Twenty-First Century*. Harvard University Press, Cambridge.
- Piketty, T. (2020): *Kapital und Ideologie*. C. H. Beck, München.
- Premrov, T. & J. Derndorfer (2026): Die Zeit für die Wiedereinführung einer Erbschaftssteuer ist jetzt. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 51(4). S. 5–14. DOI: https://journals.akwien.at/index.php/wug/article/view/329/WUG_51_4
- Rocha-Akis, S., J. Bierbaumer-Polly, B. Bittschi, J. Bock-Schappelwein, M. Einsiedl, M. Fink, M. Klien, S. Loretz & C. Mayrhuber (2023): Umverteilung durch den Staat in Österreich 2019 und Entwicklungen von 2005 bis 2019. WIFO, Wien. https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-9868/s_2023_umverteilung_69741_.pdf (24.06.2026)
- Rosanvallon, P. (2013): *Gesellschaft der Gleichen*. Hamburger Edition, Hamburg.
- Schuster, B. (2025): Milliarden-Vermögen in Österreich größtenteils vererbt. Momentum Institut. <https://www.momentum-institut.at/news/milliarden-vermoegen-in-oesterreich-grossteils-vererbt> (24.06.2026)
- Theine, H., G. Hubmann & Q. Dammerer (2023): Vermögenssteuern im medialen Diskurs: Wertvorstellungen, Ausgestaltung und ökonomische Auswirkungen. https://westendverlag.de/media/d8/b1/7c/1704892278/10.53291JUXW7618_Theine_Vermögenssteuern_16.pdf (24.06.2026)
- Zandonella, M. (2025): Demokratie aus Sicht der Bevölkerung. Österreichischer Demokratie Monitor 2018–2024. https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2025/11/FORESIGHT_Demokratie-Monitor-2024_Bericht.pdf (01.07.2026)